



Foto: imago

Die Ausbildungslücke wird immer größer. Ausgerechnet in dieser Situation schafft die Bundesregierung die verbindliche Anrechnung beruflicher Grundbildung ab.

Recht auf Ausbildung?

Die aktuelle Entwicklung in der beruflichen Bildung

Die „Ausbildungslücke“ wird auch 2007 so groß wie in den letzten Jahren sein. Eine noch größere Anzahl von Jugendlichen drängt auf den Ausbildungsmarkt und erwartet mit Recht eine Perspektive für die Zukunft. Man muss aber kein Hellseher sein, um zu prognostizieren, dass auch dieses Jahr die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze wieder weit hinter der Nachfrage herhinken wird. Wie sagte doch einmal das Bundesverfassungsgericht? Von einem ausgeglichenen Ausbildungsmarkt könne man erst sprechen, wenn das Angebot an Ausbildungsplätzen die Nachfrage um 12% übersteigt.

Diese Situation hatten wir schon seit vielen Jahren nicht mehr. Die Bundesregierung flüchtet sich in Ausbildungspakte, die Funktionäre der Ausbildungsbetriebe und die nicht ausbildungswilligen Arbeitgeber reden von „nicht ausbildungsfähigen“ Jugendlichen. Inzwischen fallen schon nicht mehr nur die per se abgeschriebenen Hauptschulabsolventen unter diese Kategorie, nein – inzwischen sind damit zunehmend auch Jugendliche mit Realschulabschluss gemeint.

In dieser Situation schafft die Bundesregierung durch die Verabschiedung des Berufsbildungsreformgesetzes die verbindliche Anrechnung von beruflicher Grundbildung in den Berufsschulen ab, bietet allerdings gleichzeitig für die Bundesländer die Möglichkeit durch Rechtsverordnung Alternativen zur beruflichen dualen Berufsausbildung zu schaffen.

Wie reagiert die Landesregierung in Niedersachsen darauf? Mit einem Eckpunktepapier!

Das Kultusministerium äußerte sich erstmals im September 2006, 1½ Jahre nach der Verabschiedung des Berufsbildungsreformgesetzes, als Minister Busemann sein Eckpunktepapier „Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven der beruflichen Bildung in Niedersachsen“ am 20.09.06 dem Landesausschuss für Berufsbildung (LABB) vorstellte. (siehe dazu Bericht EuW 12/2006)

Eine Schulgesetznovelle, die die ministeriellen Vorstellungen zur Berufsbildung umsetzt, wird erst 2008 zu erwarten sein und somit erstmals im Schuljahr 2009/10 umgesetzt werden. „Keine unnötige Aufregung vor der Wahl!“ scheint die Maxime zu sein.

Nach aktuellen Aussagen aus dem MK ist jedoch fest damit zu rechnen, dass das BGJ abgeschafft und eine neue Form einjähriger Berufsfachschulen eingeführt wird. Sie wird es aber nach Aussagen des MK nur dort geben, wo die Betriebe und Kammern sich bereit erklären, diese einjährige Berufsfachschule freiwillig auf die duale Ausbildung anzurechnen. Ein gemeinsamer Antrag von Auszubildenden und Ausbildungsbetrieb ist dabei natürlich noch immer erforderlich.

Aussage des Kultusministers im LABB hierzu: „Berufliche Grundbildung in Berufsfachschulen ist ein Angebot an die ausbildende Wirtschaft. Sie findet nur noch in den Bran-

chen bzw. Bereichen und/oder Regionen statt, wo eine Anrechnung auf freiwilliger Basis erfolgt.“

Das BVJ bleibt erhalten. Außerdem werden die Berufseinstiegsklassen (BEK), die momentan als Modell laufen, flächendeckend eingerichtet. Ziel dieser Schulform ist u. a. die Vermittlung des Hauptschulabschlusses.

Die zukünftigen BEK-Schülerinnen und -Schüler befinden sich bisher im Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) oder in der Berufsfachschule (BFS) und können dort unter bestimmten Voraussetzungen den Hauptschulabschluss nachträglich erwerben. Dies wird zukünftig nicht mehr möglich sein, da Eingangsvoraussetzung der einjährigen BFS der Hauptschulabschluss sein wird.

Zusätzlich soll eine dual-kooperative Berufsausbildung eingeführt werden, die die duale Ausbildung in Betrieben ergänzt.

Einjährige Berufsfachschulen – wie werden sie zukünftig gestaltet sein?

Große Ungewissheit herrscht weiterhin darüber unter welchen Bedingungen die neuen einjährigen BFS, die das BGJ und die einjährigen BFS alter Form ersetzen sollen, eingerichtet werden können. Ein Thema, das insbesondere den BBSen auf den Nägeln brennt.

Die neuen BFS sollen die theoretischen Anforderungen vermitteln, die inhaltlich den Rahmenlehrplänen des 1. Ausbildungsjahres eines Berufes entsprechen. Das heißt konkret: Es soll z.B. keine BFS-Wirtschaft mehr geben, sondern eine BFS-Einzelhandelskaufleute, eine BFS-Großhandelskaufleute, eine BFS-Industriekaufleute usw., usw.. Das mag in großen Städten wie z.B. Hannover noch möglich sein, ansonsten ist die Umsetzung dieser Vorgabe für viele Schulen nur schwer vorstellbar.

Was bedeutet das faktisch für die Jugendlichen und die BBSen?

- In Zukunft wird es in jeder Region Niedersachsens andere Regelungen geben.
- Die einzelne BBS hat dafür zu sorgen, dass Betriebe und Kammern die BFS anrechnen.
- Eine flächendeckende schulische Berufsbildung wie bisher wird es nicht mehr geben, wenn in der Region Handwerk-, Industrie- oder Handelsbetriebe eine Anrechnung nicht zusagen und die Kammer dies akzeptiert.

Der Abbau der schulischen Warteschleifen ist ein erklärtes Ziel des Kultusministers. Doch wie erfüllen die Jugendlichen nun ihr Schulpflicht? Werden auch die diesbezüglichen Vorschriften entsprechend angepasst? Stehen Jugendliche ohne Ausbildungsplatz nun auf der Straße oder besuchen sie die angebotenen – aber nicht wirklich gewünschten – Schulformen?

Alternativ könnten sie ja in benachbarten Regionen ihr Glück versuchen – immerhin ein Beitrag zur Mobilitätsförderung, allerdings in ländlich strukturierten Regionen oft schwierig zu verwirklichen.

Eine Anrechnung einjähriger Berufsfachschulen als 1. Ausbildungsjahr ist grundsätzlich unverzichtbar, aber die Einführung von Berufsfachschulen darf nicht davon abhängig ge-

macht werden. Es ist vollkommen unrealistisch zu glauben, dass alle BFS-Schülerinnen und -Schüler anschließend eine Ausbildung im entsprechenden Beruf finden werden. Nach der Berufsfachschule ist jeder Absolventin und jedem Absolventen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Entweder im herkömmlichen dualen System oder in anderer Form. Das grundgesetzlich verbrieft Recht auf Ausbildung ist vom Staat zu garantieren.

Die außerbetriebliche Berufsausbildung

Die Einführung einer vollschulischen Berufsausbildung mit entsprechenden Rahmenbedingungen (z.B. Zahlung einer Ausbildungsvergütung) wird von der GEW auf dem Hintergrund des Mangels an Ausbildungsplätzen im dualen System seit Langem gefordert.

Eine vollschulische Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nach § 43 BBiG wird es jedoch in Niedersachsen in absehbarer Zeit nicht geben, so Günther Hoops (MK) auf einer Veranstaltung für Führungskräfte der GEW.

Für den Fall, dass Jugendliche nach Besuch einer Berufsfachschule keinen Ausbildungsplatz finden, sieht das Eckpunktepapier die Möglichkeit einer Berufsausbildung in dual-kooperativer Form vor, vergleichbar der als Modell laufenden BFS-Q (BFS zur Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen)

Zur Zeit nutzen lediglich 23 Jugendliche in Niedersachsen diese Möglichkeit der Ausbildung.

- Die BFS-Q ist duale Ausbildung ohne Ausbildungsvertrag.
- Die Jugendlichen sind Schüler der BBS und gehen als Praktikanten in die Betriebe.
- Die Gesamtverantwortung trägt die BBS und nicht der Betrieb.
- Der Bildungsgang bezieht alle anerkannten oder als anerkannt geltenden Ausbildungsberufe mit einer Regelausbildungszeit von mindestens zwei Jahren ein.
- Die zuständige Kammer muss zustimmen und sich verbindlich bereit erklären, die Schüler zur Prüfung zuzulassen.

Eine Praktikantenvergütung zu zahlen und die Prüfungsgebühren zu übernehmen wird den Betrieben allerdings lediglich „geraten“. BFS-Q-Schülerinnen und -Schüler sind also billigere „Auszubildende“ für den Betrieb. Die Gefahr, dass betriebliche Ausbildungskapazitäten zugunsten solcher Praktikaplätzen weiter abgebaut werden, ist groß.

Stellungnahme des Landesausschusses für Berufsbildung (LABB)

Bei allen Maßnahmen zur Berufsbildung hat die Landesregierung den LABB zu hören. Im LABB, in dem auch die GEW vertreten ist, wurde eine gemeinsame Stellungnahme zum Eckpunktepapier von den Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite erarbeitet. Diese Stellungnahme wird in der nächsten Sitzung verabschiedet werden. Einige insbesondere

aus GEW-Sicht wichtige Bedingungen, die laut LABB bei Umsetzung des Eckpunktepapiers zu beachten sind, seien hier aufgeführt:

- Bereits bestehende betriebliche Ausbildungsaktivitäten dürfen nicht abgebaut werden.
- Die Kammern prüfen die Zusätzlichkeit der angebotenen Praktikumsplätze im Verhältnis zu den Ausbildungsplätzen.
- Die Teilnehmer/innen erhalten eine den tariflichen Vorgaben vergleichbare Ausbildungsvergütung.
- Die Prüfungsgebühren und die Aufwendungen für die überbetrieblichen Ausbildungskurse werden aus öffentlichen Mitteln und nicht von den Jugendlichen finanziert.
- Zur Begründung der Rechtsverhältnisse schließt die berufsbildende Schule mit Betrieb und Teilnehmer/in eine Vereinbarung.
- Eine Kopie dieser Vereinbarung ist von der berufsbildenden Schule der jeweils zuständigen Stelle zur Eintragung in ein Praktikantenverzeichnis zu übersenden.

Außerdem wird eine Verringerung der Klassenfrequenzen für die BEK-Klassen gefordert und zu dem konstatiert, dass die berufsbildenden Schulen die erforderlichen personellen und sächlichen Ressourcen für ihre Arbeit erhalten müssen.

Die Stellungnahme des LABB wird im MK sehr ernst genommen, so heißt es.

ULLA HOLTERHUS

Lüneburger Bildungstage

Der brauchbare Mensch – Bildung statt Nützlichkeitswahn

Unter dieser Überschrift fanden in diesem Jahr die gemeinsam vom GEW-Bezirksverband Lüneburg und der Universität Lüneburg organisierten Bildungstage statt. Ausgehend von den aktuellen Diskussionen um Bildungsstandards, Schulqualität und Forderungen nach Messbarkeit schulischer Leistungen drehte sich alles um die aktuellen Ansprüche, die an Schule heute gestellt werden.

Am ersten Tag widmete sich Dr. phil. Detlef Pech von der Freien Universität Berlin im Hauptvortrag der Frage: „Ökonomische Kompetenzen in der Grundschule fördern“ – was könnte damit gemeint sein? – Ökonomisches Lernen ist in der Grundschule fachlich dem Sachunterricht zugeordnet. wo es aber bestenfalls eine marginale Rolle einnimmt. Merkwürdig genug, gehört doch Wirtschaft zu den zentralen Bereichen gesellschaftlichen Lebens.

Ökonomische Bildung in der Grundschule – für Pech hat das nicht allein eine didaktische, sondern auch eine politische Dimension: schließlich seien die Vorgaben – also die Richtlinien und Kerncurricula – politische Setzungen, „in die stets ein politisches Verständnis von Gesellschaft eingeschrieben ist“. Seine Grundaussage lautet deshalb:



Das Vorbereitungsteam nach dem erfolgreichen Abschluss der Bildungstage, von links: Mari- anne Müller, Claudia Janzer (Uni Lüneburg), Fritz Hobel, Dr. Bruni Landwehr (Uni Lüneburg), Inge Claußen-Dittes nicht im Bild: Christa Cummerow.



Foto: Fritz Hobel

„We don't need no education“: Der 100-köpfige Schülerchor der RS Oedeme unter der Leitung von Bettina Küntzel gestaltete das Pausenprogramm.

Unterricht ist immer die Aufführung eines Weltbildes.

Von den Kindern in Niedersachsen wird seit diesem Schuljahr am Ende der 2. Klasse die Kompetenz „Die Schülerinnen und Schüler können auf sie bezogene Konsumprodukte nach ausgewählten Kriterien bewerten“ erwartet. Allerdings werde dort im Wesentlichen lediglich das individuelle Verbraucherverhalten behandelt. Ein tieferes ökonomisches Verständnis wie z.B. die Bedeutung des Konsums für menschliches Leben, und die gesellschaftliche Struktur findet sich weiterhin nicht. Stattdessen reduziert sich die Behandlung der Ökonomie im Unterricht auf die Mahnung: „Denke daran, deine Mittel sind begrenzt!“

In die Schulen hält damit nicht ökonomisches Lernen oder gar ökonomische Bildung Einzug, sondern Ökonomie oder genauer: Ein Umgehen mit Ökonomie und eine affirmative Ausrichtung ökonomischen Lernens. Dabei sei es – auch in der Grundschule – durchaus möglich, an regionalen Gegebenheiten weltweite, ökonomische Strukturen sichtbar zu machen.

Z.B. wird in vielen Klassen wird in den Grundschulen im „Alten Land“ der „Apfel“ thematisiert. Das Alte Land ist seit Jahren einem massiven Umstrukturierungsprozess unterworfen. Die Anzahl der Höfe sinkt kontinuierlich, die Bedeutung als Naherholungsgebiet steigt und als Hauptarbeitgeber hat längst Airbus den Obsthöfen den Rang abgelaufen. Trotzdem ist das Alte Land weiterhin – jedenfalls in der Eigenwerbung –, das „größte zusammenhängende Obstanbaugelände Europas“. Dennoch könne man in den Supermärkten des Alten Landes aber überwiegend Äpfel aus Neuseeland oder Argentinien kaufen.

Dies – so Pech – könne in vielfacher Hinsicht ein spannender Ansatzpunkt für das ökonomische Lernen sein. Für D. Pech sollte ökonomisches Lernen nicht ein „Einüben“ des Bestehenden ins Zentrum rücken, sondern im Wesentlichen sich der Frage stellen: Wie wollen wir zusammenleben?

Ingrid Lohmann hielt den Hauptvortrag des zweiten Tages. Was bedeutet eigentlich „Humankapital“? Der Begriff Humankapital macht ihrer Meinung nach auf eine neue Dimension der Ausbeutung der Arbeitskraft aufmerksam. Humankapital degradiere „nicht nur Arbeitskräfte in Betrieben, sondern Menschen überhaupt zu nur noch ökonomisch interessanten Größen.“

So sei denn auch die Dominanz des „Humankapital“-Begriffs im politisch-ökonomischen Diskurs ein Indiz für eine neue Qualität des globalen kapitalistischen Wirtschaftssystems, und die bekomme – wie die übrigen öffentlichen Sektoren – auch das Bildungssystem zu spüren, und zwar weltweit.

Eine neue Qualität in der globalen Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems zeige sich u.a. daran, dass die Einrichtungen des öffentlichen allgemeinen Bildungswesens eine unmittelbare Funktion im ökonomischen System erhielten. Deshalb – so Ingrid Lohmann – verlieren die Bildungsinstitutionen relative Autonomie, die pädagogisches Handeln ermöglicht, und werden nun als kapitalistische Wirtschaftsunternehmen gestaltet.

Interne Rationalisierung der Einrichtungen und betriebswirtschaftliche Kosten-Ertrags-Kalkulationen sollen die Qualität öffentlicher Dienstleistungen verbessern und die Produktionskosten senken; die Kunden sollen

kostengerechte Preise für Dienstleistungen zahlen, und zwar vorzugsweise mittels Gebühren und Entgelten – diese Entwicklungen im öffentlichen Sektor seien künftig auch für den Bildungsbereich zu erreichen.

So empfahl die OECD bereits 1996 unter der Überschrift „Stabilisierende Maßnahmen mit geringem Risiko“ ihren Mitgliedsländern bildungspolitische Einsparungen die deshalb gänzlich risikolos seien, weil sie nicht unbedingt auf den Widerstand der Bevölkerung trafen: „Um das Haushaltsdefizit zu reduzieren, sind sehr substanzielle Einschnitte im Bereich der öffentlichen Investitionen oder die Kürzung der Mittel für laufende Kosten ohne jedes politische Risiko“.

Zu erkennen ist hier der Umriss eines bildungspolitischen Regimes, unter dem sich auch Deutschland seit geraumer Zeit befindet, und in dem das Mantra von den »leeren öffentlichen Kassen« und der angeblich zu steigenden Qualität von Schule eine dominante Stelle einnimmt.

Auch die PISA-Akteure – so Frau Dr. Lohmann – spielten hier eine nicht zu unterschätzende Rolle: PISA sei nicht einfach ein „normales“ OECD-Projekt, sondern gemeinsam mit kommerziellen Bildungsdienstleistern mit weitreichenden strategischen Absichten unternommen worden, „ein Produkt transnationaler Bildungsdienstleister, das staatlichen Schulverwaltungen rund um den Globus angeboten wird“. Die deutschen PISA-Publikationen erwähnen fünf »Forschungseinrichtungen«, welche die internationale PISA-Leitung bilden, vier von ihnen um private Unternehmen, die PISA entwickelt und an bisher achtundfünfzig Staaten verkauft haben. Das heißt: PISA als Produkt profitorientierter Unternehmen ist aufs Engste mit dem Milliardengeschäft des weltweiten Markts der Bildungstests verweben. Und dieses Geschäft wird sich – da ist sich Ingrid Lohmann sicher – in Folge von PISA demnächst auch in Deutschland noch gewaltig ausdehnen.

In diese Landschaft passe nun auch der neueste Vormarsch der Privatisierungsgruppen in Deutschland: der Aktionsrat Bildung, der eine Dezentralisierung der Schulverwaltung sowie die Überführung der Schulen in private Trägerschaft vorschlägt und auch Lehrer nur noch befristet angestellt sehen will, lauter Herzstücke der weltweiten neoliberalen Transformation. Frau Dr. Lohmann skizzierte die Gefahr, dass bei der nun noch einmal programmatisch festgezimmerten Zweigliederung des Sekundarschulwesens die Gymnasien die Funktion der qualifizierten Humankapitalproduktion zugewiesen bekommen, während die übrigen Sekundarschulen in wachsendem Maße zu Verwahranstalten werden für diejenigen Lohnabhängigen degradiert würden, die der kapitalistische Arbeitsmarkt in Deutschland nicht benötige, die aber dennoch ruhig gehalten werden müssten.

Die Vorträge von Dr. Pech und Prof. Dr. Lohmann stehen auf der Homepage des GEW-Bezirksverbandes Lüneburg (www.gew-bvlueneburg.de) zum Download zur Verfügung.

INGE CLAUßEN-DITTES/FRITZ HOBEL